

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistratsdirektion - Pressestelle, Wien, 1., Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 11
Fernsprecher B-40-500, Klappe 623. 042 und 041 : - : Für den Inhalt verantwortlich: HANS RIEMER

7. November 1945

Blatt 663

Acht Wochen Gemeinschaftsarbeit der Wiener

=====

Gestern nachmittags versammelten sich unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General a.D. Körner im Sitzungssaale des Stadtsenates die Bezirksvorsteher aller Wiener Bezirke und ihre Stellvertreter. Anwesend waren ferner die Vizebürgermeister Speiser und Steinhardt, Stadtrat Slavik und Magistratsdirektor Dr. Kritscha. Der vom Bürgermeister mit der Durchführung der Gemeinschaftsarbeit beauftragte Vizebürgermeister Speiser erstattete einen ausführlichen Bericht über die Durchführung und das Ergebnis der von der Stadtverwaltung eingeleiteten Aktion. Er führte aus:

Am Ende des Krieges waren die Wiener Straßen durch ungeheure Massen von Kehricht und Bauschutt verstopft, sodaß es unmöglich war, manche Stadtteile ohne größere Umwege mit einem Fuhrwerk zu erreichen. Die Schuttmassen stammen von den Hausruinen, in die nahezu 4000 Wiener Gebäude durch Fliegerangriffe und Kampfhandlungen in den Apriltagen verwandelt wurden. Ihre Menge wurde von Fachleuten am Ende des Krieges auf 850.000 Kubikmeter geschätzt.

Die Kehrichtansammlungen sind auf das völlige Unterbleiben der Kehrichtabfuhr aus den Wiener Häusern im letzten Kriegsjahr zurückzuführen. Die Bevölkerung wußte sich einfach nicht anders zu helfen und schüttete Asche und Müll auf freie Plätze und auf die sich mehr und mehr ansammelnden Haufen in den Straßen. Rund 200.000 Kubikmeter Müll lagen nach Beendigung der Kampfhandlungen auf Straßen und Plätzen und rund 1000 Kubikmeter kamen bis zur Neuordnung der Müllabfuhr im Oktober täglich dazu.

Die Durchführung und das Ergebnis der von der Stadtverwaltung eingeleiteten Aktion. Er führte aus:

Am Ende des Krieges waren die Wiener Straßen durch ungeheure Massen von Kehricht und Bauschutt verstopft, sodaß

Der völlige Zusammenbruch des Transportwesens unserer Stadt durch den Krieg -- die Gemeinde verfügte Mitte April 1945 insgesamt über 11 leichte Lastkraftwagen, ganz Wien besaß damals 41 Lastautos -- machte vorerst eine Lösung dieser Probleme unmöglich. Selbst die wichtigsten Lebensmitteltransporte konnten nur dank der Unterstützung der roten Armee durch Beistellung von Lastkraftwagen vorgenommen werden. Erst nach Einrichtung behelfsmäßiger Autoreparaturwerkstätten durch die Gemeinde Wien, in denen die von den Straßen abgeschleppten Autowracks repariert, beziehungsweise durch Verwertung ihrer Bestandteile zu neuen Fahrzeugen umgebaut wurden, konnte langsam wieder ein eigener Fuhrpark der Gemeinde entwickelt werden. Von den 60 Kehrrietzügen, über die die Stadt im Frieden verfügte, konnten bloß 10 wieder betriebsfähig gemacht werden. Sie wurden sofort nach ihrer Wiederherstellung zum Abtransport des in den Straßen lagernden Kehrrietz verwendet. Arbeitstrupps von Nationalsozialisten wurden zusammengestellt und mit der Beladung dieser Autozüge beschäftigt. Darüber hinaus wurden alle sonstigen verfügbaren Fahrzeuge, nicht nur Lastautos sondern auch Pferdefuhrwerke und Handkarren der Straßenreinigung, zur Wegschaffung des Mülls in Anspruch genommen.

Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, rund 50.000 Kubikmeter Müll von den Straßen zu entfernen. Er wurde zur Auffüllung von Bombenrichtern, Löschteichen, Terrainunebenheiten usw. verwendet.

Die Gemeindeverwaltung war sich jedoch bald darüber klar, daß mit den normalen Kräften und mit den ihr zur Verfügung stehenden Transportmitteln die auf den Straßen lagernden Riesmengen von Müll und Schutt nicht so schnell entfernt werden konnten, als dies im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung und der Verkehrssicherheit notwendig wäre. Nur eine großzügig einsetzende Aktion, zu der alle arbeitsfähigen Wiener herangezogen werden mußten, konnte das Tempo der Säuberung unserer Straßen und Plätze beschleunigen. Der Bürgermeister entschloß sich daher, die Wiener und Wienerinnen zu einer Gemeinschaftsarbeit aufzurufen, deren Zweck es vor allem sein

sollte, den Mährer, der infolge der von ihm ausgehenden Staubentwicklung und Fliegenplage zu einer schweren sanitären Gefahr zu werden drohte, wegzuschaffen. Darüber hinaus sollte diese Aktion soviel Schutt aus den Straßen entfernen, als in der zur Verfügung stehenden Zeit und mit den erreichbaren Mitteln möglich war. Vor allem wurde der Aktion die Aufgabe gestellt, die Hauptverkehrsstraßen völlig frei zu machen, so daß der Verkehr durch diese wieder ungehindert erfolgen kann. Ferner sollten nach Möglichkeit Arbeitskräfte abgezweigt werden, die die vorbereitenden Erdarbeiten für die Instandsetzung von Wasser- und Gasleitungen, von Stromkabeln und Kanälen zu besorgen hatten. Darüber hinaus war daran gedacht, verfügbare Kräfte zur Wiederinstandsetzung öffentlicher Park- und Gartenanlagen, für Dachreparaturen und für die Aushebung von Gräbern auf den Friedhöfen sowie für die Exhumierung der in öffentlichen Anlagen provisorisch Beerdigten zu verwenden.

Dieses große Arbeitsprogramm setzte gesetzliche Maßregeln voraus, durch die die Gemeinde Wien ermächtigt wurde, die zur Leistung der Gemeinschaftsarbeit in Frage kommenden Bevölkerungskreise heranzuziehen und die sich Weigernden einer eventuellen Bestrafung zuzuführen. Das von der Gemeindeverwaltung beantragte Gesetz wurde von der Staatsregierung erlassen. Es sah die Arbeitspflicht für alle, auch berufstätigen, Nationalsozialisten in einem höheren Ausmaße als für Nichtnationalsozialisten vor. Die Arbeitsverpflichtung betrug für Personen, die keine Beschäftigung oder Berufstätigkeit ausüben 60 Stunden, für Nationalsozialisten 120 Stunden, für Berufstätige 16 Stunden, für berufstätige Nationalsozialisten 32 Stunden innerhalb von 4 Wochen vor. Für Jugendliche, die eine Schule besuchen, wurde die Arbeitszeit mit 40 Stunden in 4 Wochen festgesetzt. Im Gesetz wurde bestimmt, daß alle den im Gesetz genannten Kreisen der Wiener Bevölkerung angehörenden Personen sich zur Arbeitsleistung ohne vorhergehende persönliche Aufforderung zu melden haben, sobald der Bürgermeister in einem öffentlichen Aufruf dazu auffordert. Dieser Aufruf ist durch Presse und Rundfunk und durch öffentlichen Anschlag erfolgt und es kann festgestellt werden, daß die meisten der in Betracht kommenden Personen sich freiwillig zur Arbeit heranzuziehen und die sich Weigernden einer eventuellen Bestrafung zuzuführen. Das von der Gemeindeverwaltung beantragte Gesetz wurde von der Staatsregierung erlassen. Es sah die Arbeitspflicht für alle, auch berufstätigen, Nationalsozialisten in einem höheren Ausmaße als für Nichtnationalsozialisten vor. Die Arbeitsverpflichtung betrug für Personen, die keine Beschäftigung oder Berufstätigkeit ausüben 60 Stunden, für Nationalsozialisten 120 Stunden, für Berufstätige 16 Stunden, für berufstätige Nationalsozialisten 32 Stunden innerhalb von 4 Wochen vor. Für Jugendliche, die eine Schule besuchen, wurde die Arbeitszeit mit 40 Stunden in 4 Wochen festgesetzt. Im Gesetz wurde bestimmt, daß alle den im Gesetz genannten Kreisen der Wiener Bevölkerung angehörenden Personen sich zur Arbeitsleistung ohne vorhergehende persönliche Aufforderung zu melden haben, sobald der Bürgermeister in einem öffentlichen Aufruf dazu auffordert. Dieser Aufruf ist durch Presse und Rundfunk und durch öffentlichen Anschlag erfolgt und es kann festgestellt werden, daß die meisten der in Betracht kommenden Personen sich freiwillig zur Arbeit heranzuziehen und die sich Weigernden einer eventuellen Bestrafung zuzuführen.

eingefunden haben. Ein geringer Prozentsatz Arbeitspflichtiger mußte allerdings unter Hinweis auf die im Gesetz vorgesehenen Strafbestimmungen zur Leistung der Arbeitspflicht veranlaßt werden. Denen, die sich ihrer Pflicht noch immer zu entziehen verstanden haben, wird in nicht allzuferner Zeit Gelegenheit gegeben werden, das Versäumte nachzuholen.

Es war von vornherein vorauszusehen, daß die gestellte Aufgabe in einem Monat schon aus dem Grunde nicht bewältigt werden kann, weil 1. die Organisation selbst einige Zeit braucht, um sich einzulassen und die Aktion dann hätte abgebrochen werden müssen, wenn sie am besten funktionierte und weil 2. die vorhandenen Werkzeuge und Transportmittel nicht ausgereicht hätten, um die große Zahl von Arbeitspflichtigen in einem Monat damit auszurüsten. Daher hat das Gesetz die Möglichkeit vorgesehen, die Aktion durch Anordnung des Bürgermeisters um weitere 4 Wochen zu verlängern. Der Bürgermeister hat davon Gebrauch gemacht und die Gemeinschaftsarbeit auf 8 Wochen, also bis zum 28. Oktober 1945, ausgedehnt. Die zentrale Leitung lag in den Händen des Bürgermeisters.

Die Träger der Aktion in den Bezirken waren die Bezirksvorstellungen. Sie haben im Einvernehmen mit den zuständigen Ämtern des Magistrats und der städtischen Untenehmungen die Stellen bestimmt, wo Müll und Schutt abgeführt und jene wo sie abgelagert werden sollten. Sie haben ferner bestimmt, welche sonstigen Arbeiten im Rahmen der Aktion geleistet und wieviele Arbeitskräfte dafür verwendet werden sollten. Sie haben mit den freiwilligen Mitarbeitern der drei demokratischen Parteien und mit den Hausvertrauenspersonen die Heranziehung der Arbeitspflichtigen durchgeführt und ihre Evidenzhaltung besorgt. Sie haben die Arbeitstrupps geleitet und überwacht und die in den Bezirken vorhandenen Transportmittel aufgebracht und bewirtschaftet. Ihnen gebührt der Dank der Stadt Wien für die Umsicht und die oft aufreibende und opfervolle Mitarbeit.

Leider muß festgestellt werden, daß auch die Aufräumarbeiten Opfer gefordert haben. Im Prater ist bei der Wegschaffung eines Schutthaufens ein dort verborgen gewesener Sprengkörper explodiert und hat 3 junge Menschen tödlich und 4 andere schwer verletzt. Die Gemeinde Wien hat den Todesopfern eine gemeinsame Grabstätte gewidmet und sie hat für die Betreuung der Verletzten Vorsorge getroffen.

In den acht Wochen der Wirksamkeit der gesetzlichen Arbeitsverpflichtung wurden in den Bezirken I bis XXI rund 128.000 Kubikmeter Müll und rund 260.000 Kubikmeter Schutt aus den Straßen und Plätzen Wiens entfernt. Rund 42.000 Kubikmeter Müll sind noch abzuführen, d.i. etwa ein Fünftel der gesamten Kehrichtmengen, die am Ende des Krieges die Wiener Straßen verunzierten. Größere Mengen davon liegen noch am Gürtel. Ihr Abtransport wird fortgesetzt, doch ist mit einer vollständigen Entfernung erst zu rechnen, wenn maschinelle Aufladevorrichtungen und ausreichende Transportmittel dafür zur Verfügung stehen werden. Die in der nächsten Umgebung davon gelegenen Bombentrichter und Löschteiche sind bereits vollzählig ausgefüllt, sodaß der restliche Müll an die Peripherie der Stadt gebracht werden muß und dazu sind mehr Transportmittel nötig als derzeit zur Verfügung stehen.

Von den großen Schuttmassen konnte wohl ein namhafter Teil weggeschafft werden. Es wurde Wert darauf gelegt, soweit als möglich die wichtigsten Straßen von den Schutthaufen zu befreien und den Verkehr wieder zu ermöglichen. Es wurde dabei darauf Bedacht genommen, die für den Wiederaufbau brauchbaren Teile auszusondern und so zu lagern, daß ihre Wiederverwendung leicht möglich ist. Es mußten daher die noch gut erhaltenen Ziegel vom Mörtel gereinigt und geschlichtet werden. Sand wurde gesiebt und abgeführt. Die Ziegel sind vielfach in den Hausruinen eingelagert oder zum Ausfüllen von Fensterhöhlen verwendet worden.

Der Erfolg der Aktion war oftmals und an vielen Stellen durch den Mangel an Transportmitteln in Frage gestellt. Über Intervention des Bürgermeisters haben die Besatzungsmächte Lastkraftwagen und teilweise auch Baggermaschinen zur Verfügung gestellt und damit die Aktion wesentlich gefördert. Der Erfolg der geleisteten Arbeit wäre aber noch weit höher, wenn noch mehr Transportmittel vorhanden gewesen wären. Zum Abtransport wurden in mehreren Bezirken Feldbahnen und wo dies möglich war, auch die Straßenbahn herangezogen.

Außer den gemeldeten Müll- und Schuttmengen wurde Alteisen und Schrott der verschiedensten Art abgeführt. Es liegen darüber Berichte aus 8 Bezirken vor. In diesen wurden 1,275.000 Kilogramm Alteisen gesammelt und wegbefördert. Aus acht Bezirken wird auch über die Zahl der gewonnenen Ziegel berichtet.

Sie beträgt 2,241.000 Stück. Der 1. Bezirk berichtet außerdem, daß er Ziegel in 3.2 Kilometer Länge aufgestapelt hat. Aus den Berichten der Bezirke geht hervor, daß außerdem namhafte Arbeitskräfte für folgende Arbeiten verwendet wurden:

Reparaturen am Gas-, Wasserleitungs- und Stromnetz, Dachreparaturen, Instandsetzungsarbeiten in Park- und Gartenanlagen und in Friedhöfen, Aushebung von Gräbern, Aufräumarbeiten in Schulen und Feuerwachen, Exhumierungen und vieles andere. Zeitweise mußten auch der Holzgewinnungsaktion der Alliierten und für Lebensmitteltransporte Kräfte beigestellt werden.

Die Arbeit wurde in 2,023.728 Arbeitsstunden von Nationalsozialisten und in 2,118.300 Arbeitsstunden von Nichtnationalsozialisten geleistet. Insgesamt wurden also in den 8 Wochen der Gemeinschaftsarbeit 4,142.028 Arbeitsstunden geleistet. Die Belegschaft^{en}/vieler Betriebe und Ämter haben sich korporativ an den Arbeiten beteiligt. Sie haben ihren Sonntagnachmittag oder den freien Sonntag dafür geopfert. Auch einzelne politische Organisationen haben ihre Mitarbeiter zu Sonderaktionen im Rahmen der Gemeinschaftsarbeit aufgerufen. Zumeist wurden Arbeitsschichten von 4 bis 5 stündiger Dauer organisiert. Die Nationalsozialisten, die eine doppelte Arbeitsverpflichtung hatten, wurden in vielen Fällen an ganztägigen Arbeitsschichten herangezogen.

In den Vorberatungen der Aktion wurde auch die Frage erörtert, ob zu dieser körperlich schweren Arbeit auch die Frauen herangezogen werden sollen. Mit Rücksicht darauf, daß ein Großteil der Wiener Männer aus dem Krieg noch nicht zurückgekehrt ist, wurde schließlich beschlossen, soweit dies notwendig ist, auch die Frauen in die Gemeinschaftsarbeit einzubeziehen. Es muß abschließend festgestellt werden, daß, der derzeitigen Zusammensetzung der Wiener Bevölkerung entsprechend, die Wiener Frauen den Hauptanteil an dieser Arbeit haben.

Abschließend kann gesagt werden, daß in diesen 8 Wochen gute Arbeit geleistet wurde und daß das Stadtbild Wiens ein wesentlich freundlicheres Aussehen angenommen hat. Vieles ist allerdings noch zu tun. Große Mengen Schutt lagern noch in vielen Straßen und Gassen unserer Stadt und neue kommen durch die notwendigen Sprengungen der Hausruinen noch dazu. Die Stadtverwaltung wird aber im nächsten Frühjahr Mittel und Wege suchen müssen, auch den restlichen Schutt zu entfernen und somit Platz zu schaffen für den im nächsten Jahre im größeren Ausmaße einsetzenden Wiederaufbau.

Fortsetzung von Seite 668.

Bürgermeister General a.D. Körner führte in seiner Schlußansprache aus:

Ich habe den Herrn Vizebürgermeister Speiser gebeten, Ihnen eine Übersicht zu geben, damit Sie sehen, was geleistet worden ist und möchte Ihnen dafür vom ganzen Herzen danken. Es ist gar kein Vergleich, wie es in der Stadt früher ausgesehen hat und wie es jetzt aussieht. Ganz abgesehen davon, daß es wirklich notwendig war, die Wiener zu der Arbeit etwas aufzurütteln, ist es doch eine Tatsache, daß bei uns gerade die kräftigen Männer noch fehlen - die zwischen 18 und 60 Jahren, ich schätze ihre Zahl auf 290.000 - und daß daher die Leistung auf die Frauen fällt und auf die wenigen zurückgebliebenen Männer. Ich habe die Besatzungsmächte bitten müssen uns zu helfen, wo sie nur können, weil sie Maschinen haben und Fahrzeuge, die uns fehlen und sie haben es getan und haben mir versichert, daß sie uns auch weiterhin Maschinen zur Verfügung stellen werden, wie sie uns jetzt auch Fahrzeuge überlassen, die sie entbehren können.

Ich möchte den alliierten Besatzungsmächten den Dank aussprechen, daß sie uns so viel geholfen haben und daß sie uns weiterhelfen werden. Ich hoffe, daß wir mit unserer Arbeit weiterkommen.

Das Gesetz, das einen Zwang in sich hat, ist abgelaufen, wir sind daher jetzt darauf angewiesen, wenn wir etwas machen wollen, zur freiwilligen Arbeit aufzufordern. Es hat sich schon in den abgelaufenen 8 Wochen gezeigt, daß Betriebe und die politischen Parteien bestimmte Arbeiten gemacht haben, und daß sie damit, sagen wir es nur offen, bessere Arbeit geleistet haben, als der Zwang. Der Bürgermeister besprach dann das Problem des Arbeitermangels und sagte dazu:

Die Alliierten bemühen sich, uns Kohle zu bringen. Die Amerikaner bringen Ruhrkohle und Braunkohle aus Oberösterreich. Sie wollen 5 Züge täglich herbringen und auf der Nordbahn, wo alles leer ist, lagern. Jetzt ist das Problem, die Arbeiter aufzubringen, die diese 5 Züge täglich ausladen. Das ist eine Schwierigkeit.

Auch die Engländer bringen Kohle aus Fohnsdorf und sie wollen die Transporte steigern. Die Russen bringen Heizöl und Heizstoffe und die Franzosen werden ebenfalls Ruhrkohle, auf meine Bitte hin, gleich in das Gaswerk bringen, damit wir daraus das echte Gas für die ganze Stadt machen können. Das Problem wird also sein, wie werden auf einmal diese vielen Züge ausgeladen? Es wird hier wahrscheinlich die Notwendigkeit eintreten, wenn es nicht freiwillig geht, daß wir ein Zwangsgesetz machen und daß wir ganze Betriebe werden lenken müssen. Wir werden dann solche Betriebe, für die jetzt keine Notwendigkeit besteht und die ohnedies nicht produzieren können, stilllegen und zur Gänze für andere Arbeiten einsetzen müssen. Jetzt ist es ja so, daß manche Betriebe die heimkehrenden Arbeiter wieder aufnehmen, ihnen bloß einen kleinen Anerkennungslohn geben und dann gehen die Leute schleichhandeln. Solche Betriebe haben wir festgestellt.

Was unsere Säuberungsaktion betrifft, glaube ich, wird in Zukunft die freiwillige Arbeit am besten zum Ziel führen. Zu dieser freiwilligen Arbeit werden Sie auffordern können, Sie werden ja in Ihren Bezirken bestimmte Objekte haben, mögen das Kulturstätten sein, oder Nützlichkeits-Objekte, wo eben größere Arbeiten zu leisten sind. Dann werden Sie uns schon in nächster Zukunft sagen können, ob wir ein Zwangsgesetz brauchen und wie sich das weiter entwickeln wird.

Ich danke Ihnen allen, Ihren Mitarbeitern, den Arbeitern und allen, die mitgeholfen haben, daß dieses Werk so gut vor sich gegangen ist.

Abrechnung der Abschnitte für Trockenei

=====

Das Zentralernährungsamt Wien teilt mit:

Die Lebensmitteleinzelhändler können die für Trockenei vereinnahmten Abschnitte W III und N 6 der Lebensmittelkarten N und Jgd auch getrennt verrechnen. Dementsprechend können diese Abschnitte auch einzeln eingelöst werden. Der Fleischabschnitt III und der Abschnitt K 13 der Lebensmittelkarte K müssen jedoch gekoppelt verrechnet werden.

Instandsetzung der 2. Hochquellenwasserleitung

=====

In der Zeit vom 9. bis 12. November wird in Tag- und Nachtarbeit der nur provisorisch behobene Bombenschaden am Fernleitungskanal der 2. Hochquellenwasserleitung repariert. In dieser Zeit kann daher diese Leitung kein Wasser liefern. Die Vorräte in den Behältern können den Ausfall nur teilweise decken, daher ist größte Sparsamkeit mit Wasser notwendig. Jeder größere Wasserverbrauch - auch zum Baden und Wäschewaschen - ist an diesen Tagen verboten. Die Wasserleitungen sind so zu drosseln, daß der Druck herabgemindert wird; schadhafte Leitungen sind zu sperren, eigene Wasserversorgungsanlagen von Betrieben sind in Betrieb zu halten. Wenn diese Sparmaßnahmen nicht strengstens eingehalten werden, muß mit dem Ausbleiben der Wasserversorgung gerechnet werden. Für Trink- und Kochzwecke ist ein Wasservorrat für zwei Tage bereitzustellen.

Oskar Strnad-Ausstellung verlängert

=====

In Anbetracht des regen Besuches der Oskar Strnad Gedächtnisausstellung, welche in den Räumen des Österreichischen Werkbundes (Wiener Kunsthandwerkverein) Wien I., Kärntnerstraße 15 stattfindet, wird diese Schau bis inklusive Sonntag, den 18. November täglich, auch an Sonntagen, von 10 bis 18 Uhr geöffnet bleiben.

Neuerliche Stromschwankungen

=====

Infolge geringerer Ergiebigkeit unserer Wasserkräfte durch die lang anhaltende Trockenheit sind bei der Stromversorgung Wiens Schwierigkeiten aufgetreten. Die Direktion des städtischen Elektrizitätswerkes hofft, diese Schwierigkeiten in den nächsten Tagen überwinden zu können.